

KOMMENTAR



Kalte Krieger

So macht der Verfassungsschutz sich selbst überflüssig

► MARCO ROSE

Die letzten Kalten Krieger der Republik bleiben lieber unter sich. Wenn das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln zu einer Pressekonferenz lädt, ist das eine der seltenen Gelegenheiten, einen kurzen, oberflächlichen Blick hinter die Kulissen des Inlandsgeheimdienstes zu werfen. Durch schier endlose Flure geht es dann in einen Saal, immer in Begleitung wachsamer Beamter. Neugierige Blicke sind hier nicht erwünscht; Journalisten könnten ja einen der Agenten beim Ausschneiden von Gysi-Interviews aus der Zeitung beobachten.

Komisch, aber leider nicht lustig

Tatsächlich trägt die Debatte um die Beobachtung der Linkspartei viele komische Züge. Da ist ein ganzes Amt offenbar gedanklich irgendwo zwischen den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts stehengeblieben. Da wird – sicher in deutscher Gründlichkeit – das politische Schaffen von dutzenden Bundestagsabgeordneten meist ostdeutscher Herkunft dokumentiert – bis hin zur Bundestagsvizepräsidentin.

Warum um alles in der Welt? Als ABM-Maßnahme für Kalte Krieger, die nichts anderes können und noch bis zur Pension durchgefüttert werden müssen? Zur Posse taugt die Geschichte allerdings nicht. Wenn man sich das Versagen des Geheimdienstes bei der Bekämpfung des braunen Terrors vor Augen führt, bleibt nur noch Entsetzen.

Und Misstrauen: Denn wer garantiert, dass die Schlapphüte wirklich nur „beobachten“ – also

Informationen auswerten, die für alle Bürger frei zugänglich sind. Das könnte auch jeder Praktikant im Bundesinnenministerium, dafür braucht niemand einen Geheimdienst. Schon gibt es erste Hinweise aus den Ländern, dass manche Ämter es nicht beim Beobachten belassen. So etwa in Niedersachsen, wo nach Angaben des dortigen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Werner Margel Landtagsabgeordnete der Linken auch mit geheimdienstlichen Mitteln beschnüffelt werden.

An diesem Punkt ist wirklich Schluss mit lustig, mag man von den Linkspolitikern halten, was man will. Dass es in dieser Partei eine Strömung gibt, die das bestehende System verändern will, ist ja unbestritten. Dass die Linke dem Staat gefährlich werden könnte, glaubt aber niemand ernsthaft; ebensowenig, dass sich unter den Abgeordneten im Bundestag potenzielle Revolutionäre befänden.

Nein, die Gefahren für den deutschen Rechtsstaat lauern ganz woanders. Immer mehr spricht dafür, dass der Verfassungsschutz in seiner aktuellen Organisationsstruktur diesen Herausforderungen nicht gewachsen ist. Eine Reform scheint deshalb dringend geboten. Dabei muss die Rolle der Landesämter ebenso kritisch beleuchtet werden wie das offensichtliche Versagen der Geheimdienstkontrollen.

Wer allerdings noch die zuletzt reichlich naiven Kommentare des zuständigen Bundesinnenministers im Ohr hat, wagt so etwas kaum zu hoffen.

► m.rose@zeitungsverlag-aachen.de



Karikatur: Stuttmann

„Gysi ist doch kein Staatsfeind“

Die Beobachtung von 27 Bundestagsabgeordneten der Linken durch den Verfassungsschutz schlägt weitere hohe Wellen. Zumal auch nachrichtendienstliche Mittel zum Einsatz gekommen sind.

VON STEFAN VETTER

Berlin. Die Beobachtung zahlreicher Linksabgeordneter durch den Verfassungsschutz schlägt weitere hohe Wellen. Gestern wurde bekannt, dass die Überwachung in Bund und Ländern mit zweierlei Maß erfolgt. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will nun die Liste der Observierten überprüfen lassen.

Während Friedrich gestern versicherte, es gebe beim Bundesverfassungsschutz nur eine offene Beobachtung, hatte Niedersachsens Verfassungsschutzpräsident Hans-Werner Margel zuvor mitgeteilt, seine Behörde setze auch nachrichtendienstliche Mittel ein. Letzteres widerspricht nach Darstellung von Linksfraktionschef Gregor Gysi den gegenteiligen Versicherungen der Bundesregierung in einem früheren Verfahren des Bundesverwaltungsgerichts, das im Juli 2010 eine Beobachtung des Thüringer Linkspolitikers Bodo Ramelow als rechtmäßig eingestuft hatte.

Unter offener Beobachtung stehen die Geheimen lediglich eine Auswertung von allgemein zugänglichem Material wie etwa Reden oder Presstexte. Bei einer nachrichtendienstlichen Überwa-

chung werden V-Leute eingesetzt und Telefone abgehört. Es gebe „eine klare Anweisung“, die Linke nicht zu überwachen, sondern zu beobachten, sagte Friedrich gestern in einem Interview. Von Seiten des Bundesverfassungsschutzes sei ihm kein Verstoß dagegen bekannt. „Was Niedersachsen macht, was die Länder machen, das muss dort geklärt werden und dort auch verantwortet werden“, so Friedrich.

Die unterschiedlichen Überwachungsmethoden könnten allerdings zu praktischen Problemen führen. So ist etwa Dieter Dehm Niedersachsen und sitzt zugleich für die Linken im Bundestag. Neben Dehm werden weitere 26 Parla-

mentarier vom Verfassungsschutz observiert. Das sind ein Drittel aller linken Bundestagsabgeordneten. Auffällig ist, dass die Geheimen vornehmlich Realpolitiker wie Fraktionschef Gregor Gysi, seinen Stellvertreter Dietmar Bartsch und Innenausschuss-Mitglied Petra Pau im Visier haben. Pau ist obendrein noch mit der Mehrheit des Bundestages zu dessen Vizepräsidentin gewählt worden. Auch die Beobachtung des Rostocker Abgeordneten Steffen Bockhahn wirft Fragen auf. Er sitzt im sogenannten Vertrauensgremium des Bundestages, das sich mit den Budgets der Geheimdienste, also auch des Verfassungsschutzes, beschäftigt. Auch Bockhahn wurde dafür

mit der Bundestagsmehrheit gewählt.

Die geheimdienstliche Beobachtung von Abgeordneten ist juristisch nicht abschließend geklärt. Seit geraumer Zeit sind dazu Klagen einiger Linkspolitiker beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Linksfraktionschef Gysi drängte gestern auf eine rasche Entscheidung der obersten Richter. Zugleich werde seine Fraktion einen Antrag für eine Beendigung der Beobachtung in den Bundestag einbringen. Der dürfte allerdings kaum eine Mehrheit bekommen, auch wenn andere Parteien gestern einmal mehr die Überwachungspraxis rügten.

Es gebe keinen Zweifel, dass Teile der Linken verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgten, meinte SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. Wenn aber Vertreter des Realo-Flügels beobachtet würden, die klar auf Seite der Verfassung stünden, dann „gibt es Erklärungsbedarf“, so Oppermann. „Gregor Gysi ist doch kein Staatsfeind.“ Auch FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle meinte, es sei abwegig, dass ein Drittel der Linksfraktion verfassungsfördernde Tätigkeiten ausübe. Friedrich müsse das jetzt aufklären.

Grüne: Brutaler Terror von rechts wird relativiert

Im Streit über die Beobachtung von Linke-Abgeordneten machen die Grünen Innenminister Hans-Peter Friedrich schwere Vorhaltungen. Ihm sei „in seiner Amtsführung jede Verhältnismäßigkeit abhandengekommen“, sagte Grünen-Chefin Claudia Roth. Gemeinsam mit Familienministerin Kristina Schröder stecke der CSU-Minister „tief in der Totalitarismusideologie des Kalten Krieges“ fest. Wer Links- und Rechtsextre-

mismus auf dieselbe Stufe stelle, relativiere den brutalen Terror, der von der rechten Seite ausgehe.

Der Linke-Bundestagsabgeordnete Steffen Bockhahn ist unterdessen überzeugt, dass neben dem Landesverfassungsschutz Niedersachsen auch die Behörden in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg Parteikollegen mit geheimdienstlichen Methoden überwachen. (dapd)

PRESSESTIMME

Handelsblatt

Die Zeitung schreibt: Im Kampf gegen die Euro-Schuldenkrise sind eine Menge Fehler

gemacht worden – auch von deutscher Seite. Ein Kardinalfehler des deutschen Krisenmanagements besteht darin, dass die Bundesregierung bei der Konstruktion des Euro-Rettungsschirms zu kleinkariert gedacht hat.

DAS AKTUELLE STICHWORT

Zu niedrige Löhne

Die nur schwache Entwicklung von Löhnen und Gehältern in der Bundesrepublik gehört nach Ansicht von UN-Experten zu den strukturellen Ursachen der Probleme in der Eurozone. Weil sich in der Exportnation Deutschland seit der Wiedervereinigung die Kosten der Arbeit im Vergleich zur Konkurrenz in anderen Ländern sogar verringert hätten, sei „das Wachstum in diesen Volkswirtschaften unter Druck geraten“. So steht es im globalen Beschäftigungsbericht 2012 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Während günstigere Arbeitskosten den deutschen Exporteuren Wettbewerbsvorteile verschafften, hätten die davon betroffenen Länder dies nicht durch verstärkte Ausfuhr in die Bundesrepublik wettmachen können, erklärte die UN-Spezialorganisation. Krisenländern sei ein Ausweg über „die Exportroute“ praktisch versperrt worden, weil in Deutschland die Nachfrage angesichts der schwächeren Einkommensentwicklung hinterherhinkte. Diese Entwicklung habe in anderen Ländern der Eurozone „nachteilige Folgen für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen“ gehabt. Statt weiter bei Löhnen und Gehältern zu bremsen, solle die deutsche Wirtschaft deshalb stärker die Produktivität fördern,

empfehlte die ILO.

In Europa hat laut ILO die Arbeitslosigkeit inzwischen „mit rund 45 Millionen Betroffenen einen historischen Höchststand erreicht, und der Ausblick ist wegen der Schuldenkrise in den meisten Ländern negativ“. Weltweit geht die ILO nach den jeweiligen offiziellen Zahlen von 197 Millionen Arbeitslosen aus – 27 Millionen mehr als 2007, dem Jahr vor dem Ausbruch der Finanzkrise in den USA.

Hinzu kommen aber noch rund 900 Millionen Menschen – größtenteils in Entwicklungsländern –, die trotz Arbeit unter der Armutsschwelle von zwei Dollar pro Tag leben. „Jeder dritte Arbeitnehmer auf der Welt ist arbeitslos oder lebt trotz Arbeit in Armut – das sind rund 1,1 Milliarden Menschen“, sagte ILO-Generalsekretär Juan Somavia. Die Schaffung von Jobs müsse für Regierung und Unternehmen oberste Priorität haben.

Die ILO geht davon aus, dass unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in den nächsten zehn Jahren rund 600 Millionen produktive Arbeitsplätze gebraucht werden, um die Arbeitslosigkeit abzubauen und Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt in Lohn und Brot zu bringen. Einen wichtigen Beitrag könne dazu „eine strikte Regulierung der Finanzmärkte“ leisten.

ANSICHT

„Viele erkennen zu spät, dass man auf der Leiter des Erfolgs einige Stufen überspringen kann. Aber immer nur beim Hinuntersteigen.“

WILLIAM SOMERSET MAUGHAM (1874-1965), BRITISCHER SCHRIFTSTELLER

Ist ein Umdenken in der Drogenpolitik nötig?

Cannabis-Konsum: Unter Experten finden sich Befürworter wie Gegner einer Legalisierung

VON HAGEN STRAUSS

Berlin. Nein, im Bundestag kreisten gestern nicht klammheimlich irgendwelche „Tüten“, damit es ganz entspannt und völlig gelöst zuzug im Gesundheitsausschuss. Wobei man gerne gewusst hätte, wer von den Abgeordneten schon mal einen „Joint“ geraucht hat und wer nicht. Schließlich behandelte das Gremium die heikle Frage, ob Cannabis durch Einführung von „Cannabis-Clubs“ in Deutschland legalisiert werden soll.

Würde man die politischen Lager unter dem Gesichtspunkt eines möglichen Konsums untersuchen, so ergäbe sich womöglich folgender Befund: Linke und Grüne haben bestimmt schon mal etwas geraucht, Union und FDP sicherlich nicht, und die SPD hat mal gezo-gen, aber nicht inhaliert. Zumindest lässt sich so das Meinungsbild nach der Expertenanhörung zu einem Antrag der Linken skizzieren. Die Fraktion will Haschisch und Marihuana legalisieren und besagte Cannabis-Clubs einführen. Den Einrichtungen wird es dann erlaubt, Pflanzen anzubauen und bis zu 30 Gramm zu verkaufen. Jedoch nur an volljährige Mitglieder.

Drei Millionen Konsumenten

Soweit die Theorie. Bei der Ausgestaltung sei man aber noch „sehr offen“, meinte gestern Initiator Frank Tempel auf Nachfrage. Man



Die Cannabis-Pflanze: Bis heute ist sie geächtet. Die Linke will den Besitz von Haschisch und Marihuana jetzt legalisieren. Foto: dpa

brauche ein Umdenken in der Drogenpolitik, so der Linke weiter, denn die bestehenden Verbote würden nicht helfen und seien auch nicht durchsetzbar. Klar sei aber auch, „Cannabis ist nicht harmlos“. Immerhin gelten drei Millionen Menschen als regelmäßige Konsumenten, rund 30 000 sind psychisch so abhängig, dass sie eine Therapie machen müssen.

Raphael Gaßmann von der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen kritisierte, dass es in Deutschland anders als beim Alkohol oder Tabak keine Präventionsstrategie gebe. Das Verbot müsse überdacht werden. Der Jugendschutz gehöre dabei beachtet. Rainer Thomasius vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf warnte hingegen vor den „körperlichen, psychi-

schischen und sozialen Schäden“ des Haschisch-Konsums. Gerade Jugendliche seien sehr verführbar und würden „rasch Abhängigkeiten entwickeln“.

Trotz der „Geringe-Menge-Regelung“ in vielen Bundesländern gebe es jedes Jahr 100 000 Strafverfahren wegen Haschischbesitzes, erklärte Georg Wurth vom Deutschen Hanf-Verband. Das sei ein „wahnsinniger Aufwand“, der beendet werden müsse. Im Vergleich zur Gefährlichkeit des Alkoholkonsums sei eine strafrechtliche Verfolgung von Cannabis-Konsum überdies nicht länger gerechtfertigt. Nicole Krumdiel von der Universität Bremen ergänzte, dass der Handel aufgrund der bestehenden Gesetzgebung vielfach über den Schwarzmarkt laufe, so dass eine Kontrolle der Cannabis-Qualität nicht möglich sei.

Ströbeles Vorlage für Raab

Sowohl Befürworter als auch Gegner des Linken-Vorstoßes hatten gestern genügend Argumente parat. Im Bundestag gab es in der Vergangenheit auch schon mehrfach Versuche, Cannabis zu entkriminalisieren. Und in Erinnerung ist noch der Auftritt des Ur-Grünen Christian Ströbele auf der Berliner Hanf-Party vor gut zehn Jahren. Sein Satz: „Gebt das Hanf frei“ wurde später durch ein Lied von Stefan Raab zum Kult. Doch alle Vorstöße waren bislang vergebens. Den Linken wird es mit ihrem wohl genauso ergehen.